

Danziger



Zeitung.

Nr. 18635.

Die 'Danziger Zeitung' erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhägergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die 'Danziger Zeitung' vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Washington, 4. Dezbr. (W. Z.) Die Kammer genehmigte die Vorlage über die literarischen Rechte mit 139 gegen 95 Stimmen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Dezember.

Die gestrige Reichstags-Sitzung

Führte zu einigen charakteristischsten Vorkommnissen. Es handelte sich zunächst um die Prüfung der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten v. Reden, des Vertreters des 9. hannoverschen Wahlkreises Hameln-Linden. Derselbe hatte bei der Wahlwahl am 20. Februar 7604 Stimmen erhalten, während auf den socialdemokratischen Kandidaten 7155, den Weisen 5750 und den freisinnigen Jährcandidaten 604 Stimmen fielen. In der Stichwahl wurde Reden mit 11 612 gegen 8840 Stimmen gewählt. Die Wahl wurde angefochten und diese Anfechtung gegen das Datum der Wahlprüfungs-Commission von den Freisinnigen durch den Mund des Abg. Richter unterstützt, weil thatsächlich Verstöße ungesetzlicher Art, wie das einseitige Eingreifen mehrerer Kriegervereine in die Parteipolitik, vorliegen. Gegen die Freisinnigen wurde darauf sofort wieder aus der Mitte der Carlistenpartei der Vorwurf erhoben, daß sie die Wahlprüfungen als Parteisache betrachteten und behandelten. Und was lehren demgegenüber die Thatsachen? Bei Redens Wahl waren die Freisinnigen, wie die obigen Zahlen zeigen, so gut wie garnicht betheiligt und werden es auch bei einer eventuellen Neuwahl nicht sein. Was sollen sie also für ein Parteinteresse an der Cassation von Redens Wahl haben? Und wissen denn die Herren, die solche unbegründete Vorwürfe erheben, nicht, wie die Freisinnigen sich früher bei Wahl-Prüfungen von Mitgliedern der eigenen Partei verhalten haben? Ihren Grundsatzen getreu, daß es bei den Wahlen gesetzmäßig hergehen soll, haben sie stets und ohne jeden Parteiunterschied gehandelt. So haben sie z. B. im Jahre 1883 für die Cassation der Wahl Hänel in Kiel gestimmt und dieselbe durchgeführt, weil behördlicherseits Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren; ebenso sind sie später einmal für Ungültigkeitserklärung der Wahl Richters in Hagen eingetreten. Handelt man so, wenn man sich statt von festen Grundsatzen nur von Parteiinteressen leiten läßt? Früher haben auch die Nationalliberalen bei Wahlprüfungen stets dieselben Grundsatze vertreten. Weshalb stimmen sie abweichend davon jetzt geschlossen mit den Conservativen? Uebrigens half dies nichts — der Richter'sche Antrag, die Abstimmung auszusetzen und mehrere Punkte einer weiteren Prüfung zu unterziehen, wurde angenommen.

Die Beratungen fanden sodann einen unerwarteten Abschluß. Die Wahlprüfungscommission hat auf Grund von Protesten, die auf die Verabreichung von Freiberger u. v. m. an die Wähler gestützt sind, die Wahl des Abg. Frhrn. v. Münch, der sich als Candidat der Volkspartei gerirt hatte, beanstandet. Bisher war es Sitte, daß der Abgeordnete, über dessen Wahl verhandelt wurde, sich der Theilnahme an dieser Verhandlung enthielt. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß der betreffende Abgeordnete, die ihm nöthig erscheinenden Aufklärungen geben, nicht aber an der Abstimmung Theil nehmen dürfe. Frhr. v. Münch, dessen Jungferrede aus der Zeit vor der Vertagung dem Hause eine der heisteren Stunden bereitet hat, beschränkte sich aber nicht darauf, Aufklärungen zu geben; er sprach nicht nur zur Widerlegung der Wahlproteste; er beschworerte auch einen Antrag auf Ausdehnung der von der Commission beschlossenen Erhebungen, da sich im Hause niemand gefunden hatte, der ihm diese Aufgabe abgenommen hätte, und schließlich brachte er, mit besonderer Erlaubnis des Präsidenten, diesen Antrag auch selbst ein. Leider aber war der Präsident nicht in der Lage, die Schrift des Freiherrn zu entziffern, und so mußte er selbst es übernehmen, den Antrag in seinem Wortlaut zu verlesen. Als der Präsident die Unterstützungsfrage stellte, erhob sich zunächst ein halbes Dutzend Socialdemokraten und vereinzelt Mitglieder anderer Parteien, und da das nicht reichte, ein Theil der Freisinnigen und des Centrums. Während dieser Abstimmung war Frhr. v. Münch im Hause. Für die Annahme des Antrages aber erhoben sich nur einige Socialdemokraten, von der Volkspartei, die ja schon damals die Erklärung des Herrn v. Münch für die dreijährige Dienstzeit zum bequemsten Vorwande genommen hatte, diesen Collegen von sich abzuschnitteln, aber niemand.

Ist Gohlers Stellung erschüttert?

Unser Berliner Correspondent schreibt uns unter dem gestrigen Datum:

An den Gerüchten über den Rücktritt des Cultusministers v. Gohler, die bekanntlich nicht gerade neuesten Datums sind, ist ohne Zweifel das auffälligste, daß sie gerade in diesem Augenblicke in einer Form auftreten, als ob die Entscheidung unmittelbar bevorstehe. Unseres Wissens liegt zu einer solchen Annahme kein Grund vor. Morgen Mittag beginnen die Beratungen der Schulenquete-Commission, denen Minister v. Gohler präsidiren muß, da schwerlich ein anderer Minister es übernehmen würde, derartige Verhandlungen auf Grund des von Herrn v. Gohler vorgelegten Programms zu leiten. Ob und welches praktische Ergebnis diese Verhandlungen haben werden, zu welchen Schritten die Unterrichtsverwaltung nach dem Abschluß der Enquete gelangen wird, ist zur Zeit noch nicht zu

beurtheilen. Reformen, wie sie von denjenigen befürwortet werden, die das Gohler'sche Programm am schärfsten fadeln, würden ohne Zweifel gerade in dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaufe auf den entschlossensten Widerspruch stoßen. Auf der anderen Seite freilich besteht keine völlige Klarheit darüber, welche Aufnahme das Gohler'sche Volksschulgesetz in Abgeordnetenhaufe finden wird. Der Vorschlag, dem Entwurf die Berathung in einer Commission zu versagen, wird im Abgeordnetenhaufe wenig Fürsprecher finden; aber daran zweifelt niemand, daß das Gesetz in der Commission begraben wird. Und dabei ist das Centrum in der angenehmen Lage, daß das Gesetz zu Falle kommt, ohne daß es durch Vereinbarungen mit anderen Parteien und durch Zugeständnisse an solche die Niederlage Gohlers zu erkaufen nöthig hätte. An einen Rücktritt des Ministers vor der ersten und voraussichtlich einzigen Berathung seiner Vorlage ist unter keinen Umständen zu denken. In parlamentarischen Kreisen hört man immer und immer wieder die Frage discutiren, von welchen Gesichtspunkten der Minister sich habe bestimmen lassen, eine Vorlage auszuarbeiten, deren Schicksal so zweifellos ist, wie die gegenwärtige. Wollte er auf die Zustimmung des Centrums rechnen, so mußte er den Wünschen desselben um so mehr entgegenkommen, als es ihm doch nicht unbekannt sein konnte, daß das Centrum nach einer Gelegenheit sucht, sich an ihm für die Niederlagen zu rächen, welche es sich in der vorigen Session bei der Verhandlung über das Gesetz betreffend die Verwendung des Sperrgelderfonds zugezogen hat. Wenn aber der Minister sich der Unterstützung der anderen Parteigruppen versichern wollte, so hat er sich über die Voraussetzungen, unter denen dieselbe zu haben ist, gründlich geklärt. Soweit bis jetzt zu sehen, hat Herr v. Gohler nur verstanden, sich zwischen zwei Stühlen zu setzen, und darauf beruht ohne Zweifel die Annahme, daß die Lage des Ministers gefährlich ist.

Gehaltsverbesserungen.

Bekanntlich hat — schreiben die Berliner 'Pol. Nachrichten' — die durch den Nachtrag zum Staatshaushaltsetat für das laufende Jahr herbeigeführte Verbesserung der Gehälter der Unterbeamten nicht in einer einfachen procentualen Erhöhung der bisherigen Gehaltsätze bestanden, es ist vielmehr damit eine wesentliche Vereinfachung und systematische Ordnung der Gehaltsätze verbunden worden. Den Schwierigkeiten, welche sich dabei ergaben, ist vornehmlich die lange Verzögerung der Vorlegung des bezüglichen Staatshaushaltsetats zuzuschreiben. Noch ungleich größere Schwierigkeiten bietet eine entsprechende Vereinfachung und einheitliche Ordnung der Gehaltsätze der mittleren, an die aufgebesserten Kategorien sich anschließenden Beamtenklassen. Schon dieser Umstand allein würde voraussichtlich eine umfassende Fortsetzung der Gehaltsverbesserungen für 1891/92 ausgeschlossen haben. Es kommt hinzu, daß die finanzielle Lage die äußerste Beschränkung auch nach dieser Richtung erheischt. Wenn daher schon aus dem Grunde, um nicht eine gänzliche Unterbrechung der Fortführung der Gehaltsaufbesserungen eintreten zu lassen, auch für 1891/92 eine bescheidene Fortsetzung derselben in Aussicht genommen ist, so wird es sich dabei doch nur um ganz einzelne Beamtenklassen handeln, bei denen das Aufbesserungsbedürfnis dringlich und daher eine ausnahmsweise Behandlung gerechtfertigt erscheint.

Der europäische Brief-, Post- und Telegraphen-Verkehr.

Das Reichspostamt veröffentlicht eine interessante Vergleichung des Verkehrs in Deutschland mit demjenigen in anderen europäischen Staaten. Daraus ergibt sich, daß im Verhältnis zur Einwohnerzahl die Schweiz die meisten Postanstalten besitzt (eine auf 911 Einwohner). Dahinter kommt Norwegen (1414) und alsdann Deutschland (2002). Unmittelbar hinter Deutschland Schweden (2084) und England (2105). Im Verhältnis zur Fläche auf das Quadratkilometer steht auch die Schweiz voran mit einer Postanstalt auf 1 3/4 Quadratkilometer. Dahinter kommt England mit 177 und Deutschland mit 23,1 Quadratkilometer. Was die Benutzung der Post betrifft, so nimmt die Schweiz ebenfalls die erste Stelle ein. Es kommen auf den Einwohner 63,6 Postsendungen. Danach folgt Belgien mit 54,9 Postsendungen und Deutschland mit 53,3 Postsendungen. Von allen Staaten ergiebt England den größten Ueberschuss aus der Postverwaltung, nämlich 61 Mill. Mk.; dahinter kommt Frankreich mit 43 und Deutschland mit 32 Millionen Mark. Was den Telegraphenverkehr anbeht, so nimmt in Bezug auf die Zahl der Telegraphenanstalten im Verhältnis zur Einwohnerzahl Luxemburg die erste Stelle ein mit 2154 Einwohnern auf eine Anstalt, dann die Schweiz mit 2350 und Deutschland mit 2856 Einwohnern. Im Verhältnis zur Fläche steht Luxemburg mit einer Telegraphenanstalt auf 27 1/2 Quadratkilometer an erster Stelle; dahinter kommt Belgien mit 31,5, die Schweiz mit 32,2, Deutschland mit 32,9 Quadratkilometern. Unverhältnismäßig weit zurück steht Deutschland in Bezug auf die Benutzung des Telegraphenverkehrs. Auf 100 Einwohner entfallen in England 163,6 Telegraphen, in der Schweiz 89,5, in Frankreich 88, in Holland 62,5, in Belgien 60,6, in Norwegen 55,4 Telegraphen. Dahinter kommt erst Deutschland mit 45,3 Telegraphen — ein neuer schwerwiegender Hinweis auf die Nothwendigkeit einer Herabsetzung der Depeschengebühren.

Der Kampf um Parnell

dauert noch immer fort, ohne bisher zu einer Entscheidung zu gelangen. Goeben ist auch der irische hohe Clerus in die Schranken getreten, und zwar gegen Parnell, wie aus folgendem heute interessanten Telegramm hervorgeht:

Dublin, 4. Dezbr. (W. Z.) Die Erzbischöfe und Bischöfe von Irland beschlossen heute, ein Manifest gegen das Verbleiben Parnells auf dem Führerposten der irischen Parlamentspartei zu erlassen, sowohl aus Gründen der Moral wie deshalb, weil dasselbe unvermeidlich eine Spaltung der Partei herbeiführen würde.

Die Massen des irischen Volkes jedoch scheinen trotzdem und alledem, wie durch einen Zauber gebannt, an dem großen Schweiger ihrer Nation, Parnell, festzuhalten. Wird unter der die Zeitungsbureau Dublin von frühen Morgen bis zum späten Abend umlagernden Menge der Name Parnell erwähnt, so bricht alles in Hochrufe aus. Cork, der Wahlkreis Parnells, wankt nicht. Auf den täglich abgehaltenen Meetings erschallen Rufe, wie: 'Wir haben nur einen Parnell!' 'Nieder mit den Ratten, die das Schiff verlassen!' 'Zur Hölle mit O'Brien und Dillon!' 'Glabstone ist ein schlüpfriger alter Teufel!' Die Dubliner Nationalliga nahm vorgestern einen von einem Priester unterstützten Beschluß an, welcher unbedingt Vertrauen zu Parnell ausdrückt. Ein Redner erklärte, Washington und Napoleon hätten nicht so viel für ihr Vaterland gethan wie Parnell für Irland. In den Städten Cimerick, Wicklow, Fermoy, Cismore u. a. errang Parnell einen ähnlichen Sieg. Longford und Boyle haben sich andererseits gegen Parnell erklärt.

Die Verhandlungen der irischen Parlamentspartei dauern inzwischen fort. In der vorgestrigen Sitzung kam es zu einem äußerst scharfen Wortwechsel zwischen Parnell und Healy. Der Letztere schloß seine Bemerkung, daß der Bericht, welchen Parnell vor einem Jahre über seine Unterredung mit Gladstone in Liverpool gegeben habe, diametral von dem in dem Manifest gebrachten verschieden sei, mit den Worten: 'Eine oder die andere Erzählung muß eine Lüge sein.' Parnell erhob sich und donnerte: 'Ich will kein Lügner von Herrn Timothy Healy geheißen werden. Ich verlange die Zurücknahme dieses Ausdrucks!' 'Einige Secunden lang standen sich die Beiden wuthschneubend gegenüber. Dann sagte Healy: 'Ich nehme die Bemerkung zurück.' Schließlich schritt die irische Partei spät am Abend zur Abstimmung über den Antrag des Oberst Nolan, eines begeisterten Anhängers von Parnell, der dahin ging, daß alle die Führerschaft der irischen Partei berührenden Fragen verschoben werden sollten, bis die Mitglieder Gelegenheit gehabt hätten, die persönlichen Anschauungen ihrer Wähler zu ermitteln, und ein Parteitag in Dublin abgehalten werden könne. 44 stimmten gegen, 29 für den Antrag, so daß dieser verworfen ist. Auch die gestrige Versammlung der nationalirischen Abgeordneten wurde schließlich vertagt, ohne daß bezüglich der Parnell-Frage ein Beschluß gefaßt wurde. Man glaubt indessen, wie man uns aus London telegraphisch meldet, daß zwischen den Anhängern und den Gegnern Parnells eine Verständigung erzielt werden wird.

Die Untersuchungscommission für die argentinischen Finanzen.

Die letzte Sitzung der in London gebildeten Untersuchungs-Commission für die argentinischen Finanzangelegenheiten sollte gestern Nachmittag behufs Feststellung des Berichtes stattfinden. Die Ansichten der fremdländischen Delegirten stehen denen der englischen gegenüber und es sollen in Folge dessen zwei getrennte Berichte abgefaßt werden. Die Ansichten der englischen Delegirten über die Finanzlage Argentiniens sollen weniger günstig sein als die der deutschen und französischen.

Der Sultan und die Armenier.

Der 'Agence de Constantinople' zufolge erklärte der Sultan in Beantwortung einer Adresse der armenischen Notabeln, das Vertrauen, welches die kaiserliche Regierung immer der getreuen Nation der Armenier entgegengebracht habe, sei keineswegs geschwächt. Die revolutionären Akte einiger fragwürdigen Personen seien keineswegs geeignet, die Anschauungen des Sultans über die Befinnungen der Treue der Armenier zu ändern. Der Sultan hege noch immer die gleiche Sympathie für die Armenier und sei besonders befriedigt über die Rundgebung der Treue der armenischen Notabeln. Schließlich drückte der Sultan die feste Zuversicht aus, die Unterzeichner der Adresse würden die Verirrten auf den rechten Weg zurückzuführen.

Die Lage in Chile.

Berichte aus Sant Jago de Chile bezeichnen die politische Lage als sehr gespannt; wahrscheinlich werde entweder der Sturz des Ministeriums oder ein Staatsstreik erfolgen. — Chile war bisher derjenige Staat Südamerikas, der sich vor allen anderen durch seine ruhige politische Entwicklung und daraus resultirende Prosperität auszeichnete. Dieses Vortheil scheint es jetzt verlustig gehen zu sollen.

Reichstag.

34. Sitzung vom 3. Dezember. In erster Berathung wird die Uebersicht über die Reichsausgaben und -Einnahmen für das Etatsjahr 1889/90 der Rechnungscommission überwiesen. Es folgen Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. v. Reden (9. Hannover) beantragt die Wahlprüfungscommission die Gültigkeits-

erklärung, sowie über einzelne Punkte des eingegangenen socialdemokratischen Wahlprotestes die Erhebung von Ermittlungen.

Abg. Richter: Diese Wahl, welche die Commission nur mit 7 gegen 5 Stimmen für gültig erklärt hat, giebt zu den erheblichsten Bedenken Anlaß. In dem Wahlprotest des Arbeiter-Wahl-Comites für den 9. hannoverschen Wahlkreis wird über folgende Dinge Beschwerde geführt. Der Kriegerverein zu Aerjen, Kreis Hameln, hat bei Strafe des Ausschlusses beschlossen, für den Candidaten v. Reden zu stimmen. Ein solcher Beschluß ist absolut gesetzwidrig. Der Kriegerverein zu Rössing, Kreis Springe, hat über seine Mitglieder durch künstlich zusammengestellte Stimmzettel Controle geübt. Diese Punkte bedürfen der amtlichen Untersuchung. Die Frage der Stellung der Krieger zu den politischen Wahlen wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis dieselben darauf verzichten, sich in politische Wahlangelegenheiten einzumischen. Wir haben dagegen kein anderes Mittel, als das der amtlichen Untersuchung. In Wallenfen, Kreis Hameln, soll das Wahlergebnis gefälscht sein, da 58 Wähler eiblich erklärten wollen, daß sie für den socialdemokratischen Candidaten gestimmt haben, während nur 42 Stimmen für denselben gezählt sind. Ferner haben auch Arbeitgeber durch künstlich gefaltete Wahlzettel die Stimmabgabe ihrer Arbeiter contröliert. Die Hauptbeschwerde richtet sich gegen den Wahlaufsatz, welcher unter dem Titel 'Ein letztes ernstes Wort an alle Bergleute und Invaliden' von dem Ober-Bergrath v. Detteln erlassen ist. Die Commission hat die Ungehörigkeit dieser amtlichen Wahlbeeinflussung erkannt, ist indeß durch künstliche Berechnung zu dem Resultat gekommen, daß selbst nach Abzug der vorhandenen Anzahl von Bergleuten der gewählte Candidat immer noch die Majorität behält. Eine solche amtliche Wahlbeeinflussung muß aber viel weiter in Anrechnung gebracht werden. Vor allen Dingen müssen wir die Thatsache amtlich feststellen lassen, und ich beantrage deshalb, die Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl auszusetzen, den Reichskanzler zu ersuchen, den Ober-Bergrath v. Detteln amtlich darüber zu vernehmen, ob das erwähnte Flugblatt von ihm herrührt und in welcher Weise es verbreitet ist, und ferner über verschiedene von der Commission nicht berücksichtigte Punkte des Protestes Erhebungen anstellen zu lassen.

Abg. Auer (Soc.) schließt sich dem Antrag Richter an und bezieht sich ferner über ein von dem Cantrathsammt zu Hamm erlassenes Verbot einer von einem Socialdemokraten einberufenen Wählerversammlung, welches von dem Regierungspräsidenten von Hannover als gesetzlich gerechtfertigt erachtet worden sei. Der Reichstag habe wiederholt entschieden, daß die bloße Einberufung durch einen Socialdemokraten kein Anlaß zu einem Verbot sei. Redner verliest sodann das von dem Ober-Bergrath v. Detteln erlassene Wahlsflugblatt und meint, daß einer solchen sprachlosen amtlichen Wahlbeeinflussung gegenüber der Reichstag es den Wählern und sich selbst schuldig sei, nicht so sans facon darüber hinwegzugehen. Da diese Wahlbeeinflussung wirklich einen Einfluß auf das Wahlergebnis habe, sei gleichgiltig. Bei der Stellung eines Ober-Bergrath's könne von einer bloßen Abschätzung der Zahlen nicht die Rede sein. Würde hier keine Unternehmung angefaßt, so würde das Vertrauen der Wähler, daß durch Wahlproteste noch etwas zu erreichen sei, völlig erschüttert.

Abg. Baumhach-Altendorf (Reichsp.): Die Angriffe gegen die Arbeiter-Vereine, die bei Gelegenheit der Wahlprüfungen schon oft erhoben worden sind, sind in keiner Weise gerechtfertigt. Politische und religiöse Fragen dürfen innerhalb der Vereine nicht erörtert werden. Ein Druck auf die Mitglieder bei politischen Abstimmungen würde auch keine Garantie für die Durchführung bieten, da ja die Wahl geheim ist. Keiner der Herren Freisinnigen wird mir in den Statuten der Kriegervereine einen Paragraphen nennen können, welcher freisinnige Parteigenossen ausschließt. (Abg. Richter: 'Das fehlte auch noch!') Wir nehmen Jedem auf, der nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit dem Herzen an unseren Befreiungen theilnimmt: Nationalliberale, Conservative, Freisinnige, Ultramontane, nur nicht die Socialdemokraten.

Abg. Mehnert (conf.): Das vom Abg. Auer verlesene Flugblatt wäre durchaus nichts Ungewöhnliches, wenn der Verfasser nicht zu seinen Untergebenen darin gesprochen hätte. Der Abg. Richter hat keine Veranlassung, sich gegen die Agitation in Kriegervereinen zu wenden. Ich könnte ihm einen Fall nennen, wo gerade durch eine solche Agitation ein freisinniger Abgeordneter gewählt ist. Jeder gediente Soldat aber hat ebenso wie jeder andere Bürger das Recht, sich von denen zu trennen, die ihre Pflicht gegen König und Vaterland hintanzusetzen und den Fahneid leichtsinnig gebrochen haben.

Abg. v. Strombeck (Centr.) spricht für den Antrag Richter.

Abg. Richter: Bevor die Untersuchung über die bei dem Wahlprotest behaupteten Thatsachen nicht vorliegt, haben wir absolut kein Urtheil darüber, wie die Wahlbeeinflussungen gewirkt und welchen Einfluß sie auf das Wahlergebnis gehabt haben. Hr. Mehnert hat behauptet, auch für freisinnige Candidaten hätten Kriegervereine gewirkt. Wo und wann, hat er nicht gesagt. Ich bitte ihn darum, Wenn das irgendetwas geschehen sein sollte, so werden wir das entschieden verurtheilen. Wir haben für die Ungiltigkeit der Wahlen von Hanel und Richter gestimmt, bei letzterem gegen die Majorität, weil wir die Grundsatze der Wahlfreiheit, auch wo die Wahl unserer Parteigenossen in Frage steht, rückhaltlos vertreten. Was die Kriegervereine anbeht, so wollen wir keinem Mitgliede derselben verwehren, seine Rechte unbeschränkt zu üben, auch für seine Meinung zu wirken, aber nicht unter der Firma der Kriegervereine. Diese geht die Wahlpolitik garnichts an, und wo Kriegervereine als solche Politik treiben, müssen wir sofort energisch entgegenreten. Wir behaupten keineswegs, daß alle Kriegervereine Politik treiben, aber einige haben es gethan. (Redner führt Beweise dafür an und legt Aufzettel aus Blättern zur Einsicht vor.) Gegen diese und nur gegen diese Kriegervereine müssen wir Front machen. Auch gegen die Socialdemokraten haben die Kriegervereine als solche keine Wahlpolitik zu machen, das ist nicht ihres Amtes. Das mögen die Einzelnen thun; das wird ihnen niemand verwehren, wenn sie es nicht in ihrer Eigenschaft als Kriegervereinsmitglieder thun. Im Wahlprotest sind Gesetzwidrigkeiten behauptet, die unter keinen Umständen ununtersucht bleiben dürfen. Der Reichstag ist verpflichtet, die Sache zu verfolgen. Ich hoffe zuversichtlich, daß er seiner früheren Vergangenheit nicht unterwerfen werden wird. (Bravo! links.)

Abg. Auer (Soc.): Wenn Sie (rechts) es so scharf betonen, daß die Socialdemokraten in den Kriegervereinen nichts zu thun haben, dann ziehen Sie





